



**Ansprache von  
Oberbürgermeister  
Daniel Schranz  
zur Einbringung des städtischen Haushalts 2017  
in der Sitzung des Rates  
der Stadt Oberhausen am 4. Juli 2016**

(Es gilt das gesprochene Wort)

## **Gemeinsam sind wir stärker**

Verehrte Ratsmitglieder,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,  
meine Damen und Herren!

Auch wenn sie sich im jährlichen Turnus wiederholen – die Reden des Oberbürgermeisters und des Stadtkämmerers zur Einbringung des städtischen Haushaltes sind ganz sicher mehr als ein Ritual. Für mich gilt dies heute bereits deshalb, weil sich noch einmal die Reihe der Premieren im Amt fortsetzt. Die Bedeutung dieses Anlasses geht aber selbstverständlich über den persönlichen Bezug hinaus, denn schließlich ist und bleibt der städtische Haushalt *die* Grundlage für fast alle kommunalen Entscheidungen.

Daher ist die Haushaltseinbringung auch immer Anlass, einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen und eine Art reflektierte Zwischenbilanz zu ziehen: gewissermaßen ein Status quo, mit dem ich versuchen will, die Lage der Stadt vor ihrem derzeitigen finanziellen Hintergrund zu skizzieren.

Ganz bewusst will ich, meine Damen und Herren, dabei mit einer negativen Nachricht aus der vergangenen Woche beginnen: Karstadt hat sich entschieden, nun doch an seinem bisherigen Unternehmenssitz in Essen zu bleiben und nicht auf das ehemalige Babcock-Areal an der Duisburger Straße zu ziehen. Darüber waren und sind wir natürlich enttäuscht. Das ist normal und menschlich, auch wenn wir gleichzeitig feststellen dürfen, dass das Unternehmen ja auch mit dieser Entscheidung dem Ruhrgebiet erhalten bleibt. Unsere großen Anstrengungen der vergangenen Wochen, das heißt konkret: die des Grundstückseigentümers, von Kreditinstituten, der Wirtschaftsförderung und der Stadt waren aber darauf ausgerichtet, Karstadt in

Oberhausen zu begrüßen und damit ein Signal für den Wirtschaftsstandort Oberhausen zu setzen.

Auch wenn dies nun leider nicht von Erfolg gekrönt war: von unseren Chancen bin ich weiterhin zutiefst überzeugt. Das gilt zunächst für das Babcock-Gelände und seine Qualität. Die britischen Eigentümer werden mit der Entwicklung und Vermarktung weitermachen, deshalb glaube ich fest an eine andere nachhaltige Nutzung zum Wohle Oberhausens und der Firmen, die sich dort ansiedeln.

Überzeugt bin ich aber auch davon, dass das Image unserer Stadt nicht gelitten hat, sondern durch den Wettbewerb mit Essen und Düsseldorf sogar gestärkt worden ist. Denn das Interesse von Karstadt an Oberhausen hat aufhorchen lassen, und dies ist an vielen Stellen spürbar. Dass wir keinen Deut in unseren Bemühungen nachlassen dürfen, versteht sich dabei von selbst. Wir müssen und werden weiter kämpfen.

Genau deshalb sind wir im engen Dialog mit den Eigentümern aller großen Flächen, auf denen wir noch Unternehmen und Arbeitsplätze ansiedeln können. Ansiedlungen auf dem Stahlwerksgelände stehen auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung ebenso wie sie auf der vergangenen standen. Und auch wenn ich gerne zugestehen will, dass diese nicht bei jeder und jedem zu Beifallsstürmen führen müssen, dürfte aber doch Einigkeit darin bestehen, dass hiermit eine qualitätsvollere Entwicklung stattfindet als mit den bekanntermaßen kritisierten Nutzungen.

Einige Anstrengungen unternehmen wir auch, um die Flächenpotentiale der ehemaligen Nationalen Kohlereserve und der Zeche Sterkrade zu heben. Ich halte das tatsächlich für besonders wichtig, denn Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne eine funktionierende Wirtschaft ist alles nichts. Und das zeigt sich nicht allein, aber eben auch beim Blick in das Zahlenwerk unseres städtischen Haushaltes. Unsere finanzielle Situation werden wir ohne zusätzliche Ansiedlungen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen auf Dauer nicht in den Griff bekommen. Hier haben wir uns auf einen gu-

ten Weg gemacht, merken aber auch, dass die Aufgaben, die vor uns liegen, trotz wichtiger Fortschritte noch gewaltig sind.

Da ist es gut, dass zum 1. Juli mit der owt unsere neue Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft an den Start gegangen ist. Heute wird der Rat auch den Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft besetzen.

Hoffnungen für den Standort Oberhausen lassen auch andere positive Nachrichten zu. Als eine der ersten Städte in NRW bekommen wir nun flächendeckend schnelles Internet – und das bis zum Ende dieses Jahres. Die Baustellen sind bereits im Stadtgebiet zu sehen. Dies kann man nicht hoch genug einschätzen, denn es ist ein unglaublich großes Pfund für Unternehmen ebenso wie für Bürgerinnen und Bürger. Und es ist für uns auch ein erneuter Anlass, die städtischen Online-Dienste auszubauen, so dass Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen künftig mehr Verwaltungsangelegenheiten vom Büro und von zu Hause aus erledigen können. Und nicht zuletzt ergibt sich dadurch im Rathaus dann auch die Chance, mit Blick auf den städtischen Haushalt Prozesse zu verschlanken.

Gleich mehrfach erfolgreich waren in den vergangenen Wochen unsere Förderanträge und -projekte, die allesamt Investitionen ermöglichen, die wir aus eigener Kraft nie stemmen könnten. Deshalb sind sie alle so wichtig:

- In langjährigen Problemimmobilien – HDO und Gartendom – werden 250 Ausbildungsplätze für junge Menschen aus der Bauindustrie entstehen: eine schönere, sprich zukunftsorientiertere Nutzung kann man sich nicht wünschen.
- Das Freibad im Revierpark Vonderort wird mit dem Einsatz von über zwei Millionen Euro aufgemöbelt. Damit sichern wir unser letztes verbliebenes Freibad auf Oberhausener Stadtgebiet. Und mit Blick auf den Verschmelzungsprozess der Freizeitgesellschaften des Regionalverbandes Ruhr warten wir nicht einfach auf Entscheidungen, sondern gehen gemeinsam mutig voran.
- Mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz werden wir insgesamt mehr als 26 Millionen Euro in unsere Bildungslandschaft und unsere Infrastruktur investie-

ren können. Mir war wichtig, dass wir – wie beim Konjunkturpaket II – die Hälfte davon für die Bildung reservieren und ich freue mich, wenn der Rat dies heute so beschließt.

- Die Beteiligung am Roll out von Innovation City bietet uns die einmalige Chance, von den positiven Erfahrungen unserer Bottroper Nachbarn zu profitieren und in Vondern und der Osterfelder Innenstadt den Klimaschutz mit der Aufwertung von Infrastruktur und Aufenthaltsqualität zu verbinden.
- Und mit unseren demnächst drei großen integrierten Handlungskonzepten werden – so hoffen wir – zweistellige Millionenbeträge in die Entwicklung von Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld fließen.

Das neue Jugendzentrum Place2be und die neue Stadtbibliothek in Sterkrade zeigen bereits die damit verbundenen Chancen für eine Belebung unserer Stadtteilzentren auf. Mit vielen weiteren Investitionen wollen wir diesen Weg weitergehen.

- Nur das geplante Dachgewächshaus auf dem Jobcenter in Alt-Oberhausen will ich noch beispielhaft nennen, weil es hier zum einen in dieser Woche mit dem Wettbewerbskolloquium für die Gestaltung des Projektes weiter voran geht. Zum anderen hat die Presseberichterstattung über die mangelnde Abstimmung zwischen den verschiedenen beteiligten Institutionen und Gesellschaften aber auch noch einmal deutlich gemacht, wo wir besser werden können und aus meiner Sicht auch besser werden müssen.

Besser zu werden: das ist, meine Damen und Herren, auch die Erwartung vieler Bürgerinnen und Bürger, was den Umgang unserer Stadt mit ihnen angeht.

Eines der größten Ärgernisse der vergangenen Jahre sind wir mit intensiven Verhandlungen angegangen, wofür ich mich namentlich besonders bei Frank Motschull bedanken darf: Ich spreche, wie Sie unschwer erraten werden, von den Müllgebühren, die nun endlich rechtssicher und fair berechnet werden sollen. Gleichzeitig soll die GMVA ohne betriebsbedingte Kündigungen ihre Wirtschaftskraft erhalten und den Betrieb fortsetzen können, obwohl die Menschen in Oberhausen weit über 20 Millionen Euro von ihren zu viel gezahlten Gebühren zurückbekommen werden.

Das, meine Damen und Herren, ist deutlich mehr als das von vielen befürchtete Kleingeld: Wir sprechen von einer Rückerstattung in Höhe von gut 200 Euro für die Musterfamilie des Bundes der Steuerzahler – und das, ohne den städtischen Haushalt über die eingestellte Vorsorge hinaus zu belasten!

Eine Einigung im Grundsatz haben wir erreicht, heute wird der Rat um eine erste Zustimmung zur Nachtragsvereinbarung zum Verbrennungsvertrag gebeten. Noch bis zum Herbst werden uns die weiteren Detailarbeiten beschäftigen, doch dann können wir – so Gott will – dieses unerfreuliche Kapitel mit einem für alle Seiten positiven Ende abschließen.

Dass das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Stadt sich aber nicht allein über zu leistende Zahlungen definiert, sondern auch über den Umgang miteinander, demonstrieren zahlreiche Beispiele der vergangenen Wochen:

- Bei der Debatte über das Mosaik von Walter Mawick an der ehemaligen Sparkassenfiliale und späteren Stadtbibliothek in Sterkrade werden wir es tatsächlich nicht jedem recht machen können. Vor die Wahl gestellt, ob wir hier in jedem Falle am Kunstwerk festhalten oder ob wir eine Entwicklung für die Sterkrader Innenstadt möglich machen wollen, bin ich entschieden für die Entwicklung. Die Verteidiger des Mosaiks haben aber einen Anspruch darauf, dass wir uns als Stadtverwaltung ernsthaft bemühen, der Kunst am Bau Rechnung zu tragen und offen über unsere Bemühungen kommunizieren. Und dies, das will ich noch einmal betonen, tun wir auch.
- Genau den gleichen Anspruch haben Bürgerinnen und Bürger, die sich etwa in Flüchtlingsinitiativen engagieren oder die von der LED-Umrüstung oder den Überschwemmungen der vergangenen Wochen betroffen waren. Als Rat und Verwaltung sind wir gut beraten, Sorgen ernst zu nehmen, offen und transparent zu kommunizieren und Betroffene zu Beteiligten zu machen.
- Dies ist ja auch das Motto für unseren Arbeitskreis aus Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung, der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung entwickelt. Heute haben wir bereits zum zweiten Mal eine Liste aller Vorhaben auf der Tagesordnung. Nach den letzten Sitzungen des Arbeitskreises bin ich auch optimistisch, dass wir

bis Ende des Jahres einen Entwurf stehen haben, um eine neue Kultur der Beteiligung zu etablieren.

- Neben dem Wert einer Beteiligung an sich ist es mir aber auch wichtig, gemeinsam nach Lösungen suchen, und deshalb will ich mit Blick auf manche Diskussion im Rathaus auch betonen: Wir sollten gemeinsam weniger Zeit investieren, um zu erklären, was nicht geht und warum es nicht geht, sondern mehr Zeit, um nach Lösungen zu suchen. Das ist der Auftrag, den wir gemeinsam als Rat und Verwaltung haben.

Dies gilt, meine sehr geehrten Damen und Herren, umso mehr, als dass sich ja viele Menschen in Oberhausen einen Aufbruch nicht nur wünschen, sondern dabei auch mithelfen wollen: Zuletzt haben sich fast 650 Menschen beworben, weil sie sich in einem Bürgerrat zum Wohle unserer Heimatstadt einbringen wollen. Ich finde, diese Bereitschaft ist ein überwältigendes Signal. Dieses Signal lautet: Gemeinsam sind wir stärker.

Auch über den Bürgerrat hinaus spüre ich an vielen Stellen und bei zahlreichen Gelegenheiten den Willen mitzumachen. Das Signal des „Gemeinsam sind wir stärker“ gilt nicht zuletzt aber auch für uns gemeinsam hier: als Rat der Stadt. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Monaten bei aller Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des Wettbewerbs um die besten politischen Ideen bereits deutlich mehr auf Gemeinsamkeit gesetzt als in der Vergangenheit.

Und dies gilt nicht nur für den Umgang miteinander, zu dem ich gerne meinen Beitrag leiste, sondern auch für Sachentscheidungen. Bisher haben wir es beispielsweise geschafft, bei der Beauftragung eines Gutachtens zur Neuordnung der OGM zu einstimmigen Beschlüssen zu kommen. Ich würde mich sehr freuen, wenn uns dies auch weiter gelingt.

Die vorliegenden Anträge zum Bildungsplan lassen zudem hoffen, dass wir heute zu einem weitgehenden Konsens bei einem Thema kommen, das für die Zukunftsfähig-

keit Oberhausens bedeutender nicht sein könnte, gesellschaftspolitisch aber auch zu den umstrittensten Politikfeldern überhaupt gehört. Dies macht mir große Hoffnung, dass wir gemeinsam in der Frage weiterkommen, wie wir unsere Bildungslandschaft zukunftsorientiert weiterentwickeln, was– wie man nüchtern feststellen muss – mit dem Entwurf des Bildungsplanes nicht erreicht werden konnte.

Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre Gemeinsamkeit aus meiner Sicht auch der richtige Weg für den städtischen Haushalt. Dass dieser die Grundlage des kommunalen Handelns darstellt, habe ich eingangs schon gesagt. Und wenn Ihnen der Kämmerer gleich Einzelheiten zum Haushaltentwurf 2017 gibt, so werden Sie schnell erkennen, dass wir noch lange nicht auf Rosen gebettet sind. Aber am Ende haben wir in der Planung für 2017 erstmals seit Anfang der 1990er Jahre wieder eine schwarze Null erreicht. Auch vor dem Hintergrund enormer zusätzlicher Ausgaben für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen lässt sich das sehen. Dafür spreche ich allen Beteiligten und namentlich unserem Kämmerer Apostolos Tsalastras meinen herzlichen Dank aus.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch: trotz des enormen Kraftaktes beim Sparen werden wir nicht an allen Stellen das schaffen, was wir uns vorgenommen haben. So werden etwa die zu erwartenden Beschlüsse zum Bildungsplan eine Lücke bei der entsprechenden Haushaltssanierungsmaßnahme bewirken. Andere Beispiele sind die Personalkosteneinsparungen, zu denen der Ältestenrat einen ersten Zwischenbericht unseres Projektes mit der Gemeindeprüfungsanstalt erhalten hat, oder die Aufwendungen im Bereich Soziales und Jugendhilfe, die entgegen des beschlossenen Consens-Gutachens massive Steigerungen aufweisen. .

Hier setze ich darauf, dass wir gemeinsam einen Wirksamkeitsdialog führen, weil wir uns mit dieser Entwicklung nicht zufrieden geben können. Und gleichzeitig werden weitere Kompensationsmaßnahmen und damit unerfreuliche Entscheidungen notwendig sein.



Gerade auch die bereits mit dem Haushaltssanierungsplan 2012 eingeplante Erhöhung der Grundsteuern zum 1. Januar 2017 kann niemandem gefallen. Weder der Verwaltung noch der Politik und erst recht nicht den Menschen in unserer Stadt, auf die dadurch höhere Kosten zukommen.

Zugegeben, vielleicht geben die aktuellen Zahlen nichts anderes her, denn die Herausforderungen bleiben riesig und die Spielräume winzig. Tatsächlich müssen wir ja den Haushaltsausgleich – erstmals für 2017 und dann aus eigener Kraft 2021 –in jedem Fall erreichen.

Aber auch winzige Spielräume sind mehr als nichts und bis zur Verabschiedung des Haushaltes im November bleibt noch genügend Zeit, um alle Positionen zu durchforsten und gemeinsam zu diskutieren. Dazu möchte ich Sie jedenfalls alle recht herzlich aufrufen und einladen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gemeinsam sind wir stärker, das habe ich bereits festgestellt. Gerne will ich dies abschließend auch noch einmal als Appell verstanden wissen, der in die Zukunft gerichtet ist. Und zwar zur Sanierung unseres Haushalts ebenso wie zu einer hoffnungsvollen Zukunft für unsere Heimatstadt insgesamt. Dass wir dies gemeinsam erreichen können, ist meine feste Überzeugung.

Glückauf!